

Europa und die Schweiz – Gedanken anlässlich der Bundesfeier 2005

Demokratie oder Funktionärsherrschaft

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Einige Wochen vor der Abstimmung in Frankreich über die EU-«Verfassung» absolvierten zwei Abgeordnete des EU-Parlaments einen Besuch in Bern. Mit dem Zweck, ausgewählten eidgenössischen Parlamentariern gleichsam den «EU-Speck durch den Mund zu ziehen». Sie sprachen mit viel Pathos von der «historischen Mission» die gegenwärtig im «sich einenden Europa» in Erfüllung gehe. Und vor allem lobten sie die EU-Verfassung – auch

wenn diese derart kompliziert formuliert und unübersichtlich strukturiert sei, dass gewöhnlich Sterbliche sie kaum lesen, geschweige denn verstehen könnten. Doch wer kann, wenn er Grosses schafft, schon auf gewöhnlich Sterbliche Rücksicht nehmen...

Immerhin quälten die beiden EU-Abgeordneten auch bereits böse Vorahnungen: Das «von Populisten verführte französische Volk» könnte

Bitte unterstützen Sie uns

Jene, welche die Ost-Personenfreizügigkeit am 25. September 2005 um jeden Preis erzwingen wollen, werfen buchstäblich Dutzende von Millionen in den Abstimmungskampf – auch wenn sie bezüglich überzeugender Argumente an geistiger Schwindsucht zu leiden scheinen. Ausser Millionen und gebetsmühlenartig wiederholten Allgemeinplätzen haben sie nichts zu bieten.

Unsere Seite kämpft mit Überzeugung, Herzblut, exakter Faktenkenntnis und griffigen Argumenten fürs Nein zur Ost-Personenfreizügigkeit. Helfen Sie mit, dass die notwendigen finanziellen Mittel zusammenkommen, damit wir unsere Argumente der Öffentlichkeit breit vermitteln können.

Benützen Sie für Ihre Spende bitte den am beiliegenden «Zeichnungsschein» angehängten Einzahlungsschein. Herzlichen Dank zum Voraus.

«Schweizerzeit» PC-Konto 84-3870-9

sich möglicherweise dazu hinreissen lassen, die Grösse des Vorhabens EU-Verfassung zu übersehen und – im Käfig nationaler Kleinkariertheit gefangen – schnöde Nein zu stimmen. Die Funktionäre Brüssels seien allerdings auch auf diese Situation vorbereitet, wusste einer der beiden EU-Abgeordneten (zuvor war er Österreicher) süffisant darzulegen.

Funktionärs-Arroganz

Früher, so meinte dieser Brüsseler Abgesandte, sei es in der EU üblich gewesen, kleine Mitgliedstaaten (Dänemark, Irland), wenn sie sich in Volksabstimmungen wichtigen EU-Reformschritten verweigern wollten, einfach ein zweitesmal, notfalls selbst ein drittesmal an die Urne zu rufen – bis sie pflichtschuldigst all das schluckten, was ihnen das hohe Brüssel vorzusetzen beliebte. Auch Stimmbürger grosser EU-Staaten wie Frankreich, Deutschland, Italien oder England mehrmals fürs gleiche Geschäft an die Urne zu rufen – das allerdings habe sich zu Brüssel anfänglich niemand so richtig vorstellen können. Doch Brüssel erweise sich als flexibel. In der EU-Zentrale sei man gegenwärtig daran, umzudenken – im Blick auf das sich in Frankreich bereits anfangs Mai abzeichnende Nein. Da setze sich im EU-Olymp zunehmend die Einsicht durch, auch die Völker grosser EU-Staaten müssten gegebenenfalls mehrmals an die Urne zitiert werden, bis sie endlich begriffen, was sie im Sinne Brüssels zu tun hätten...

Äussert sich in solchen Vorstellungen etwas anderes als pure, arrogante Demokratie-Verachtung? Ausgesprochen von einem «Volksvertreter» in jenem Kontinent, der sich noch immer als «Wiege der Demokratie» sieht, weil die Idee der Demokratie ihren Weg rund um die Welt seinerzeit von Europa aus angetreten hat.

Demokratie ist bedroht

Aus den Worten dieses selbstherrlichen EU-Funktionärs einerseits, aus den zwei deutlichen Nein aus Frankreich und Holland andererseits wird klar: In allen Ländern Europas stehen die Bürgerinnen und Bürger vor einer Auseinandersetzung von grösster Tragweite. Wer vermag sich durchzusetzen: die Demokratie oder die Funktionärsherrschaft? Wird die Gesamtheit der Wählerschaft weiterhin als Souverän, als oberste Gewalt in der Demokratie geachtet

und respektiert – oder geht die Macht über an eine elitäre, demokratieverachtende Bürokratie in Verwaltungen, welche sich der Bevölkerung und ihren Anliegen zutiefst entfremdet haben?

Demokratie oder Funktionärsherrschaft: Das ist der Gegensatz, der in Europa ausgetragen werden muss. Die Demokratie ist in Europa akut gefährdet.

Die Brüsseler Bürokratie ist, seit sie sich im Jahr 1992 im Vertrag von Maastricht den allumfassenden «Harmonisierungs»-Auftrag zu sichern wusste, der Motor des von Funktionären vorangetriebenen Dirigismus. Dieser EU-Dirigismus ist zum Symbol geworden für jenen demokratiefeindlichen Zentralismus, den mehr und mehr Bürger von EU-Staaten kategorisch ablehnen. Er ist aber auch Ursache für das Zurückfallen der EU-Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb. Die Angelsachsen – innerhalb der EU Tony Blair – bekämpfen diesen Zentralismus. Sie treten ein für Freihandel, lehnen «harmonisierenden» Dirigismus ab, respektieren damit die demokratischen Ordnungen in allen Einzelstaaten – und lassen die dem Dirigismus ergebenden EU-Länder wirtschaftlich immer weiter ins Hintertreffen geraten.

Wo steht die Schweiz?

Wo steht eigentlich die Schweiz in dieser Jahrhundert-Auseinandersetzung, welche die politische und wirtschaftliche Zukunft aller europäischen Länder entscheidend bestimmen wird?

Soeben hat Bern mittels wohlorchestrierter Desinformations-Kampagne und unter mehr als nur fragwürdiger Umgehung des Ständemehrs die Schengen-Anbindung der Schweiz ertrotzt. Doch nur gerade zwei Tage nach dem «Abstimmungserfolg» der Bundesverwaltung behaftet die EU die Schweizer Landesregierung sozusagen aus heiterem Himmel plötzlich auf Einschüchterungs-Positionen, die Bern selbst in der Abstimmungskampagne gegen die eigenen Stimmbürger fahrlässig ins Feld geführt hatte. Die Folgen wurden allen sichtbar: Berns Aussenpolitik verhedderte sich in unsäglichem Durcheinander. Bundesrätin Calmy-Rey bestritt einen Standpunkt, den sie höchstselbst in einer offiziellen Pressekonferenz des Bundesrates früher verbreitet hatte. Zurück blieben ein ungläubiger Bundesrat und die nagende Gewissheit, dass sich der Virus

«Demokratie-Zerstörung», von oben gedeckt, auch hierzulande einnistet und ausbreitet.

Die Testfrage

Diese alarmierende Feststellung veranlasst uns dazu, Ihnen, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine Testfrage zu stellen: *Werden Sie von Bundesbern korrekt und umfassend über wichtige Fragen aufgeklärt?*

Derzeit erleben wir, wie die Classe politique im Blick auf den 25. September 2005 unter Einsatz vieler Millionen die Ost-Personenfreizügigkeit geradezu mit Brachialgewalt erzwingen will. Kennen Sie, geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die gravierenden Auswirkungen dieser Ost-Personenfreizügigkeit zum Beispiel auf die Schweizer Sozialwerke? Kennt die Schweizer Öffentlichkeit die Konsequenzen jenes Prinzips des «letzten Arbeitsorts», welches die Schweiz im Rahmen der von der EU festgelegten Personenfreizügigkeit vollumfänglich zu übernehmen hat – mit allen daraus resultierenden Anspruchsberechtigungen an die verschiedenen Schweizer Sozialwerke? Hat der Bund, aufs Ja zu dieser Ost-Personenfreizügigkeit geradezu versessen, Sie als Stimmbürger darüber je umfassend aufgeklärt? So dass Sie die Konsequenzen überblicken können, die eintreten, wenn jeder Bürger eines jeden EU-Landes immer dort gegenüber den Sozialwerken anspruchsberechtigt ist, wo er im Moment gerade arbeitet oder wo er (wenn er arbeitslos geworden ist) zuletzt gearbeitet hat?

Die Fakten

Das sind die Fakten: Jeder in die Schweiz gelangte EU-Ausländer ist, sobald er hier wohnt und arbeitet, vollumfänglich nach schweizerischem Standard krankenversichert. Und dies mitsamt seiner ganzen Familie – selbst wenn diese Familie keinen Tag in der Schweiz gelebt hat. Der Einwand, dass Familien aus EU-Ostländern hiesige Krankenkassenprämien ja gar nicht bezahlen können, hilft nicht weiter, auch wenn er in den meisten Fällen sachlich zutreffen dürfte. Ein Problem entsteht daraus allein für die Schweiz als Wohnsitzland des Ernährers. Im Klartext: Die Schweiz hat an die (mehrheitlich im EU-Ostland wohnhafte) Familie einfach Prämienverbilligungs-Beiträge zu überweisen, damit die

Herzlichen Dank

In den letzten Wochen und Monaten sind zugunsten breiter Streuung der «Schweizerzeit» aus der ganzen Schweiz sehr zahlreiche grosse und kleine Spenden bei uns eingetroffen.

All diese Spenden wurden sehr zielbewusst eingesetzt. Unsere Standpunkte wurden und werden damit via «Schweizerzeit» im Schengen-Abstimmungskampf, im Kampf gegen die Ost-Zuwanderung, im Kampf gegen die Masseneinbürgerungs-Allüren der Verwaltung und für andere Anliegen breit in die Bevölkerung getragen.

Es ist uns nicht möglich, jede Spende einzeln zu verdanken. Um so mehr danken wir an dieser Stelle all jenen, die uns mit ihren Zuwendungen jahraus jahrein nachdrücklich unterstützen.

Herzlichen Dank dafür!

Krankenkassenprämien bezahlt werden können. Klar ist auch: Die zuständige schweizerische Krankenkasse würde – ebenso wie die hiesige Invalidenversicherung, gegebenenfalls auch die hiesige Arbeitslosenkasse – vollumfänglich zahlungspflichtig, wenn für eines der Familienmitglieder ein Versicherungsfall einträte. Dies ausdrücklich auch dann, wenn das Familienoberhaupt lediglich erst ganz kurze Zeit in der Schweiz gelebt beziehungsweise gearbeitet hat. Und demnach – wenn überhaupt – bestenfalls bloss minimalste Beiträge an unsere Sozialwerke geleistet hat. Denn alle in irgend einem EU-Land – selbst in einem EU-Ostland mit nahezu fehlenden Sozialeinrichtungen – nach dortiger Gesetzgebung aufgelaufenen Beitragsjahre rechtfertigen umfassendste Ansprüche hier in der Schweiz, sobald die Schweiz Arbeitsort des EU-Einwanderers geworden ist.

Verhandlungs-Ergebnisse

Wohlgemerkt: Wir schildern hier nicht Missbräuche, inszeniert von irgend welchen Betrügern. Unsere Beschreibung vermittelt die Konsequenzen der Verhandlungs-Ergebnisse, denen die Schweizer Unterhändler gegenüber der EU in den Verhandlungen über die Personenfreizügigkeit ausdrücklich zuge-

stimmt haben. Diese Ergebnisse sind gültig, sie sind absegnet von der Schweizer Landesregierung.

Sind Ihnen, geschätzte Leserinnen und Leser, diese Tatsachen (und ihre exorbitanten Kostenfolgen) neu? Dann stellen wir Ihnen eine weitere Frage: Warum nur «verzichtet» Bern darauf, der Öffentlichkeit die Konsequenzen der Personenfreizügigkeit auf die Sozialwerke offen, ehrlich und umfassend mitzuteilen? Schliesslich weiss Bern: Auch bewusstes Verschweigen von Tatsachen wird zu Desinformation. Will Bern dies einfach übersehen? Oder geht die Bundesverwaltung von der naiven Erwartung aus, die EU-Osteuropäer würden von sich aus darauf verzichten, jene reichen Früchte zu pflücken, die ihnen mit dem Personenfreizügigkeits-Abkommen so verführerisch dargeboten werden?

Ausplünderung

Zumindest für die jüngere und junge Generation sind die Folgen dieser planlos eingegangenen Personenfreizügigkeit klar absehbar: Bis diese Jungen – aufgrund regelmässig geleisteter Beitragszahlungen – gegenüber den Schweizer Sozialwerken je zu Bezügern werden, werden alle Kassen leer sein. Unwiederbringlich geleert.

Das sind Folgen, die aus einer Zustimmung des Souveräns zur Ost-Personenfreizügigkeit unausweichlich resultieren würden. Wer die Zusammenhänge kennt, kann diese Folgen leicht voraussehen. Noch einmal fragen wir: Werden Sie, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger, über diese Konsequenzen der Personenfreizügigkeit wenigstens einigermaßen korrekt, wenigstens einigermaßen vollständig informiert, wie dies Ihrem selbstverständlichen Anspruch als Bürger in unserer Demokratie, aber auch als Steuer- und Beitragszahler zugunsten der Sozialwerke entspricht? Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich hier feststelle: Nicht einmal im Parlament wissen alle über die Fakten und Folgen der Personenfreizügigkeit Bescheid. Wurde die entsprechende Vorlage doch in geradezu horrendem

Tempo durch die Räte gepeitscht. Immerhin: Einige erschrecken wenigstens nachträglich, sobald sie mit gewissen Vertrags-Details konfrontiert werden, welche sie in den Ratsverhandlungen leichtfertig übersehen hatten, als sie sich in kollektiver Europa-Euphorie zu unkritischer Zustimmung verleiten liessen.

Die Frage bleibt: Warum wird die Schweizer Öffentlichkeit nicht offen, ehrlich und umfassend über Vorlagen mit derart einschneidenden Konsequenzen informiert, wie sie von der Personenfreizügigkeit auf die Sozialwerke (aber auch auf andere wichtige Bereiche, insbesondere auf die Arbeitsplatz-Situation) ausgehen?

Übrigens: Nebst all den auf unsere Sozialwerke zukommenden neuen Belastungen sieht der Bundesrat obendrein auch noch vor, der EU sozusagen aus freien Stücken einen «Erweiterungs-Tribut» hinzublättern. In Form einer vollen, runden Milliarde Franken! Einfach als Geschenk. Denn eine Verpflichtung oder auch bloss Rechtfertigung – von einer Rechtsgrundlage ganz zu schweigen – besteht dafür nicht. Bern nimmt's einfach von den Steuerzahlern, im Glauben, mit diesem Milliarden-Tribut in Brüssel Wohlgefallen zu ernten.

Ist die Demokratie auch bei uns, auch in der Schweiz, im Lande Wilhelm Tells, im Lande von Gertrud und Werner Stauffacher, im Lande des alten Attinghausen, im Lande Niklaus von Flües, im Lande Johann Rudolf Wettsteins, im Lande Henri Guisans, im Lande Rudolf Mingers bedroht – von innen her bedroht?

Eines ist klar: Uns, die wir die direkte Demokratie, die Unabhängigkeit und die Neutralität der Schweiz bewahren wollen, uns wartet eine schwere – aber auch eine sehr ehrenvolle Aufgabe! Wir zählen auf Ihre Unterstützung.

Mit den herzlichsten Wünschen zur Bundesfeier.

Ulrich Schlüer, Nationalrat

Und am 25. September 2005

**Nein zur Ost-Personenfreizügigkeit
Nein zur unkontrollierten Ost-Zuwanderung**